

**Kleine Anfrage****Oliver Stirböck (Freie Demokraten)****Stellenaufwuchs im öffentlichen Dienst, OZG-Umsetzung und externe Beratung****Vorbemerkung:**

In der öffentlichen Debatte wird derzeit verstärkt auf den Zusammenhang zwischen wachsendem Personalbestand im öffentlichen Dienst, schleppender Verwaltungsdigitalisierung und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Standorts hingewiesen. Nach Angaben des Hessischen Statistischen Landesamts waren zum 30. Juni 2024 insgesamt 337.910 Personen im öffentlichen Dienst in Hessen beschäftigt. Die Vereinigung der Hessischen Unternehmerverbände verweist darauf, dass damit inzwischen rund 338.000 Menschen im öffentlichen Dienst arbeiten und die Beschäftigtenzahl seit 2015 um gut 18 Prozent gestiegen ist. Parallel dazu wurde in einer aktuellen parlamentarischen Anfrage zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes darauf hingewiesen, dass Hessen beim digitalen Angebot von Verwaltungsleistungen zuletzt nur noch im Mittelfeld gesehen wird. Medienberichte aus der Fläche zeigen zudem, dass Verwaltungen verstärkt auf Digitalisierung, Automatisierung, KI-gestützte Anwendungen und externe Beratungsleistungen setzen, um Leistungsfähigkeit trotz absehbarer Personalengpässe aufrechtzuerhalten.

Auch aus Sicht effizienter Staatsorganisation ist daher aufklärungsbedürftig, ob der Personalaufwuchs im Landesbereich und im mittelbaren Verantwortungsbereich des Landes tatsächlich mit messbaren Produktivitäts- oder Servicegewinnen einhergeht. Frühere parlamentarische Befassungen konzentrierten sich stärker auf Einzelaspekte der OZG-Umsetzung oder allgemeine Digitalisierungsfragen. Ein zusätzlicher Auskunftswert entsteht, wenn Personalentwicklung, Digitalisierungsfortschritt, Einsatz externer Beratung, elektronische Aktenführung und konkrete Effizienzkennzahlen gemeinsam betrachtet werden. Gerade für einen innovationsfreundlichen und wirtschaftsnahen Politikansatz ist entscheidend, ob der Staat seine Verfahren beschleunigt, Medienbrüche abbaut und mit knappen Personalressourcen wirksamer arbeitet, statt strukturelle Defizite vor allem über zusätzlichen Personaleinsatz zu überdecken.

**Ich frage die Landesregierung:**

1. Wie hat sich die Zahl der Beschäftigten im unmittelbaren Landesdienst Hessen seit 2015 jährlich entwickelt?
2. In welchen Aufgabenbereichen des Landes ist der Beschäftigungsaufwuchs seit 2015 absolut am stärksten ausgefallen?
3. Welche messbaren Effizienz- oder Qualitätsziele verknüpft die Landesregierung mit dem zusätzlichen Personalaufbau in den einzelnen Ressorts?
4. Wie viele Verwaltungsleistungen des Landes sind derzeit vollständig digital medienbruchfrei nutzbar?
5. Für welche zentralen Verwaltungsverfahren liegen der Landesregierung aktuelle Daten zu Bearbeitungszeiten vor?
6. Welche Veränderungen dieser Bearbeitungszeiten haben sich seit 2022 bei den digitalisierten Verfahren ergeben?
7. In welchem Umfang setzt die Landesregierung externe Beratungsunternehmen für Organisationsuntersuchungen, Prozessoptimierung oder Verwaltungsdigitalisierung ein?

8. Welche Gesamtausgaben hat das Land seit 2022 jährlich für externe Beratung im Zusammenhang mit Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung aufgewendet?
9. Welche konkreten Einspar- oder Entlastungseffekte erwartet die Landesregierung durch DMS 4.0, digitale Personalakte und weitere laufende Digitalisierungsprojekte?
10. Nach welchen Kriterien prüft die Landesregierung, ob Personalmehrbedarfe durch Prozessvereinfachung oder Digitalisierung vermieden werden können?

**Wiesbaden, 06. August 2026**

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Oliver Stirböck', written in a cursive style.

**Oliver Stirböck**